

Junges Freiburg/DIE GRÜNEN

im Freiburger Gemeinderat

Haslacher Str. 61, 79115 Freiburg, Tel. 0761-701323, Fax -75405
fraktion@gruene-freiburg.de
www.jf-gruene.de

> Green City <

Haushaltsrede der Fraktionsvorsitzenden Maria Viethen zur Verabschiedung des Doppelhaushalts 2009/2010 in der Gemeinderatssitzung am 16.12.2008

Eingangsbemerkung

I. Innovatives Wirtschaften

1. Ausgangslage
2. Maßnahmen greifen
3. Schwerpunktsetzung nach den Ergebnissen des Beteiligungshaushalts

II. Grüne Schwerpunkte

1. Ökologische Strategien
 - Klimaschutz durch Baumaßnahmen
 - Mobilität
 - Flächenpolitik und Innenentwicklung
2. Wohnungsbau ist aktive Mietpreisdämpfung
3. Kinderarmut bekämpfen
4. Bildung als Zukunftsprojekt

Sehr geehrte Damen und Herren,

meine diesjährige Haushaltsrede trägt – was auch sonst – die Überschrift: „Green City“.

Die Freiburg Wirtschaft, Tourismus und Messen GmbH (FWTM) hat als Slogan für die internationale Vermarktung der Solarstadt Freiburg den Titel „Green City“ kreiert. Das ist nicht nur eine zündende Marketing-Idee, sondern trifft einen wahren Kern: Freiburg hat die Riesenchance, eine der Modellstädte dafür zu werden, wie sich ein Miteinander auf kommunaler Ebene organisieren lässt, eine Stadt, die eine Antwort gibt auf die drängenden ökologischen Probleme der Zeit, und damit auch

beispielhaft ist für andere Städte in der Welt. Ich möchte Sie mitnehmen zu einem kurzen Überblick darüber, wie weit wir gekommen sind und was in den nächsten Jahren auf dem Programm steht.

I. Innovatives Wirtschaften

Die globale Finanzkrise hat deutlich gezeigt, dass nachhaltiges Wirtschaften auch weltweit die Voraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung ist. Ebenso wie der Raubbau an natürlichen Ressourcen unsere Lebensgrundlage gefährdet, untergräbt das regellose Gewinnstreben auf den globalisierten Kapitalmärkten die Grundlagen des gesellschaftlichen Wohlstands. Auch auf kommunaler Ebene ist eine ausgeglichene, vorausschauende Finanzpolitik Voraussetzung für eine Stadt, die als Modellstadt „Green City“ Antwort auf zukünftige Herausforderungen geben will.

1. Ausgangslage

Der letzte Doppelhaushalt 2007/2008 war ein Sparhaushalt: 40 Jahre SPD-Führung bis zum Jahr 2002 hatten der Stadt nicht nur große Investitionsprojekte wie das Konzerthaus oder die Neue Messe beschert, sondern auch einen Schuldenberg von über 320 Mio Euro hinterlassen. Der Schuldendienst betrug insgesamt fast 30 Mio Euro pro Jahr, davon allein ca. 16 Mio Zinsen. Und die Schuldenlast wäre noch wesentlich höher gewesen, wenn nicht über Jahre hinweg städtisches Vermögen im Wert von durchschnittlich 30 Mio Euro pro Jahr – das berühmte Tafelsilber – veräußert worden wäre, um laufende Ausgaben zu decken. Die Infrastruktur – angefangen mit den Schulgebäuden bis hin zu Straßen und Brücken – war in einem Ausmaß marode, das sich uns erst allmählich erschließt. Stichworte hierzu sind etwa: Wiwili-Brücke, Schlossberggarage, etc. Es war eben viel prestigeträchtiger gewesen, Neues auf den Weg zu bringen, als sich um die Instandhaltung des städtischen Vermögens zu bemühen. Gleichzeitig fanden sich 2002 überkommene, oft aufgeblähte Personalstrukturen vor, nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in den städtischen Gesellschaften. Für neue Aufgaben waren stets neue Stellen geschaffen, die bestehenden Arbeitsabläufe aber nie ausreichend überprüft worden.

Bereits bei der Verabschiedung des letzten Doppelhaushaltes hat die Mehrheit dieses Hauses energische Maßnahmen für eine Kehrtwende beschlossen:

- zum einen die konsequente Entschuldung der Stadt: Die Hälfte der Steuermehreinnahmen der Jahre 2007/2008 sollten zusätzlich in die Entschuldung fließen, ab 2009 sollte der städtische Schuldendienst von 30 Mio beibehalten werden, jedoch sollten anders als früher echte Tilgungen – beginnend mit 15 Mio Euro pro Jahr - erfolgen, die städtischen Schulden also stetig zurückgeführt werden.
- Die zweite Hälfte der Mehreinnahmen sollte zusätzlich in die Sanierung der städtischen Infrastruktur fließen - allem voran die Schulgebäude; in den kommenden Jahren sollten dann kontinuierlich mindestens 15 Mio Euro jährlich dafür verwandt werden
- Teil des Gesamtpakets waren zudem eine konsequente Verwaltungsreform, die

Restrukturierungspläne der städtischen Gesellschaften sowie daneben auch 10%ige Kürzungen der Zuschüsse an Freie Gruppen und Einrichtungen. Letztere konnten – ebenso wie manches Projekt der Verwaltungsreform - nicht zu 100% umgesetzt werden. Jedoch wurde damit auch im Zuschussbereich ein Signal gesetzt dafür, dass die Stadt umdenkt.

2. Maßnahmen greifen

Unsere Maßnahmen greifen. Tatsächlich sind allein im Jahre 2008 25,5 Mio Euro Schulden getilgt worden. Damit konnten die städtischen Schulden erstmals wieder unter einen Stand von 300 Mio gedrückt werden.

Daneben haben wir in den abgelaufenen beiden Haushaltsjahren rund 70 Mio Euro in die Sanierung städtischer Gebäude investiert, davon allein 80 % in Schulgebäude. Der derzeitige Haushaltsentwurf sieht weitere 30 Mio Euro jährlich für die Sanierung und Unterhaltung von Schulgebäuden vor. Dies alles ist nicht zuletzt ein gigantisches Konjunkturprogramm, das angesichts der drohenden Rezession beim Handwerk hoch willkommen ist.

Weiter hat die konsequente Verwaltungsreform dazu geführt, dass im Verwaltungshaushalt seit dem DHH 2005/2006 mittlerweile rund 260 Stellen eingespart wurden.

Es ist unser fester Wille, diese Konsolidierung der städtischen Finanzen auch in den nächsten Jahren fortzusetzen bzw. mitzutragen.

Erfreulicherweise haben gleichzeitig gestiegene Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen den prognostizierten Gesamthaushalt 2008 um insgesamt 43,5 Mio Euro verbessert. Der Oberbürgermeister spricht von diesem Jahr als dem besten Jahr der Stadt in der Nachkriegszeit. Auch für 2009/2010 werden Einnahmen deutlich über dem Niveau der Vorjahre prognostiziert. Gleichzeitig jedoch ist die Welt um uns herum im Umbruch. Die globalen Finanzmärkte sind eingebrochen, die westlichen Regierungen wetteifern mit Konjunkturprogrammen, um die drohende Rezession zumindest abzumildern. Die aber kommt auf jeden Fall und wird auch das beschauliche Freiburg nicht verschonen.

Meine Fraktion hat deshalb weitgehend Zurückhaltung geübt bei Änderungsanträgen zum Entwurf der Verwaltung. Es ist ohnehin ein „grüner“ Haushaltsentwurf, der die Schwerpunkte nach unseren Vorstellungen setzt. Wir waren – bis auf die Maßnahmen im Kinder- und Jugendbereich - vor allem vorsichtig, was weitere laufende Ausgaben im Verwaltungshaushalt angeht. Wenn Sie unsere Anträge ansehen – die übrigens alle erfolgreich waren - so gab es Zuschusserhöhungen nur für Einrichtungen, deren Bestand konkret bedroht war, oder die durch das Votum des Beteiligungshaushalts gestützt wurden. Weiter haben wir uns bemüht, für solche Ausgaben Einsparvorschläge oder andere Deckungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Unser Bemühen wird nicht dadurch entwertet, dass die Verwaltung manchen Vorschlag ebenfalls in ihre Änderungsliste aufgenommen hat.

3. Schwerpunktsetzung nach den Ergebnissen des Beteiligungshaushaltes

Wir haben uns bei unseren Anträgen auch von den Ergebnissen des Beteiligungshaushalts leiten lassen, der den diesjährigen Haushaltsberatungen voranging. Die repräsentative Umfrage hat ergeben, dass die Menschen hier

- a) die Belange von Kindern, Jugendlichen und Familien,
- b) eine hohe Qualität im Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sowie
- c) Bildung und Wissenschaft

als vorrangige Ziele städtischer Politik sehen. Gleichzeitig war das hohe Mietniveau in Freiburg immer wieder Thema auf der Stadtkonferenz im Juni dieses Jahres. Natürlich muss zuletzt immer der Gemeinderat über eine Verteilung der Gelder entscheiden. Wir begreifen den Beteiligungshaushalt jedoch als ein aussagekräftiges Hilfsmittel bei unseren Entscheidungen und wollen ihn auch für die nächsten städtischen Haushalte fortführen. In welcher konkreten Form das geschieht, wird die noch ausstehende Evaluation des zurückliegenden Verfahrens zeigen.

Lassen Sie mich unser Vorgehen am Beispiel der Kulturausgaben der Stadt demonstrieren, denen der Beteiligungshaushalt keinen Vorrang eingeräumt hat. Der städtische Haushaltsentwurf setzt bereits richtige Schwerpunkte: Dies sind der weitere Ausbau des Augustinermuseums als Erhalt eines historischen Gebäudes und zentralem Bestandteil der kulturellen Infrastruktur. Weiter gibt es einen Investitionszuschuss für das neue Ensemble-Haus in Zähringen, den Einstieg in den Aufbau eines Freiburger Literaturhauses sowie einen Fonds von jährlich 50.000 Euro für die Umsetzung des Kulturkonzeptes.

Bei den Anträgen für den Doppelhaushalt 2009/2010 hat meine Fraktion den Schwerpunkt auf die kulturelle Bildung gelegt und folgt damit der Empfehlung des Beteiligungshaushaltes, wie auch dem Freiburger Kulturkonzept. Kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche – nicht nur aus sog. bildungsfernen Milieus – bieten Identitätsstiftung und Auseinandersetzung über gesellschaftliche Werte. Sicher haben alle Kultureinrichtungen mit höheren Personal- und Sachausgaben zu kämpfen, jedoch sind diese Einrichtungen ganz unterschiedlich in der Lage, Mittel über Querfinanzierungen mit kommerziellen Veranstaltungen zu akquirieren oder über Eintrittsgelder oder Zuschüsse von Dritten. Wir haben uns deshalb entschlossen, nicht mit der Gießkanne die Zuschüsse vieler zu erhöhen, sondern setzen unseren Schwerpunkt bei der Unterstützung des Theaters im Marienbad. Dort wird seit Jahren unter miserablen finanziellen Bedingungen vorbildliche Arbeit auf dem Gebiet der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche geleistet. Wir sehen den Bestand des Kinder- und Jugendtheaters gefährdet, wenn die Stadt nicht eingreift, und wollen das Wegbrechen dieser für Freiburg wichtigen Einrichtung verhindern.

Unsere Fraktion war es andererseits, die ein Theatergutachten durchgesetzt hat. Wie die anderen großen städtischen Einrichtungen muss auch das Theater seine Betriebsabläufe überprüfen und ggfs. neu organisieren. Im Ergebnis erhält das Theater Planungssicherheit, muss aber über die bislang

eingesparten 300.000 Euro hinaus stufenweise weitere Budgetkürzungen von in der Summe dann 600.000 Euro pro Jahr ausgleichen.

Das E-Werk beispielsweise hat nicht den beantragten laufenden Zuschuss erhalten, sondern nur einen Investitionszuschuss, um frei gewordene Räume nutzen zu können. Das Haus soll aus eigener Kraft den laufenden Betrieb wirtschaftlicher gestalten. Unsere Fraktion tritt jedoch dafür ein, dass die Stadt das E-Werk der jetzigen Eigentümerin, der Badenova, abkauft und saniert, um dem Kulturzentrum dort eine Perspektive zu bieten. Wir erwarten aber erst im kommenden Frühjahr aussagekräftige Grundlagen für den zeitlichen und finanziellen Rahmen des Projektes, insbesondere auch was die Sanierung des Gebäudes angeht und eine evtl. Refinanzierung über einen Teilverkauf und die teilweise Neubebauung des Grundstücks. Wir halten frühestens dann eine verantwortliche Entscheidung für möglich.

II. Grüne Schwerpunkte

Sparen und Haushaltskonsolidierung, Werterhalt und Sanierung des öffentlichen Vermögens und vorsichtiges Wirtschaften sind kein Selbstzweck. Dies sind vielmehr die Voraussetzungen dafür, dass die Stadt wieder handlungsfähig wird, um die Aufgaben der Zukunft in Angriff zu nehmen. Dabei setzt meine Fraktion folgende Schwerpunkte:

1. Ökologische Strategien

a. Klimaschutz durch Baumaßnahmen

Das von unserer Fraktion maßgeblich geprägte Freiburger Klimaschutzkonzept hat sich als Ziel bis zum Jahr 2030 die Einsparung von 40 % des CO₂-Ausstoßes in der Stadt auf der Basis des Jahres 1992 gesetzt. Auch im Doppelhaushalt 2009/2010 fließen dafür 10% der Konzessionsabgabe der Badenova – das sind derzeit rund 1,2 Mio Euro jährlich - in zusätzliche Klimaschutzprojekte, vor allem im investiven Bereich. In den nächsten drei Jahren sollen damit folgende Maßnahmen angeschoben werden:

- Neubau bzw. Sanierung städtischer Gebäude im Passivhausstandard
- die energetische Sanierung städtischer Wohnungen
- die Umrüstung der Straßenbeleuchtung mit energiesparenden Natriumdampfhochdrucklampen

Auch die städtischen Gesellschaften haben umfangreiche Klimaschutzmaßnahmen im Programm: Die VAG stellt ihren kompletten Stadtbahn-Betrieb auf Öko-Strom um, was eine CO₂-Einsparung von 7.000 t pro Jahr bedeutet. Sämtliche Dächer der VAG-Betriebshöfe werden mit Photovoltaik-Anlagen bestückt.

Die Freiburger Stadtbau baut die Buggingerstr. 50 zum ersten Hochhaus in Passivhausstandard um und hat sich zum Ziel gesetzt, künftig auch Neubauten, wo immer möglich, in Passivhausstandard zu errichten. Ein großes Photovoltaikprogramm auf den Stadtbau­dächern mit über 700 kWp wird im nächsten Jahr erfolgreich abgeschlossen. Auf den Antrag, den wir zusammen mit CDU und FW eingebracht haben, wird der Stadtbau bis 2010 ein Gewinnanteil von 5 Mio überlassen, um damit Wohnungen energetisch zu sanieren. Das kommt nicht nur dem Klima, sondern auch den Mietern zugute.

Wir haben für diesen städtischen Haushalt erfolgreich beantragt, dass die 150.000 Euro jährlich, die durch GR-Beschluss aus dem Energiesparprogramm für städtische Gebäude für die energetische Sanierung von Privatgebäuden abgezweigt wurden, zusätzlich wieder eingestellt werden. Es sollen nach wie vor 1,2 Mio Euro pro Jahr für Energieeinsparmaßnahmen an städtischen Gebäuden zur Verfügung stehen.

Und nicht zu vergessen ist der ab Januar 2009 einsetzende Stufenplan zur stadtweiten Einführung der Passivhausbauweise bei Neubauten. Dieser Plan wird künftig zu erheblich reduziertem Energieverbrauch führen und ist ebenfalls auf maßgebliche Initiative unserer Fraktion zustande gekommen.

b. Mobilität

Der vorliegende Haushaltsentwurf enthält Planungskosten für den Stadttunnel, damit dieser schneller als zugesagt in den vordringlichen Bedarf eingestuft und gebaut wird. Richtig ist, dass der Bau des Tunnels keine positiven Auswirkungen für das Klima zeitigen wird, allerdings auch keinen negativen. Wir unterstützen jedoch ausdrücklich, dass damit ganz konkret die gesundheitlichen Belastungen durch Abgase, Feinstaub und Lärm für die Menschen verringert werden, die an der Autobahn quer durch unsere Stadt wohnen und arbeiten. Ganz abgesehen von der großen städtebaulichen Chance, die der Bau des Tunnels bedeutet! Ich nenne nur das Stichwort: „Stadt am Fluss“.

Perspektivisch geht es darum, den Anteil von Rad- und Fußgängerverkehr am Gesamtverkehrsaufkommen zu vergrößern. Dies braucht Anreize, damit die Menschen vom Auto umsteigen in Busse und Bahnen, das Fahrrad benutzen oder zu Fuß gehen. Wir stehen zum Vorhaben der Verwaltung, von 2011 bis 2015 alle drei geplanten Stadtbahnlinien zu bauen, also die Linie nach Zähringen, die Linie über den Rotteckring und die Messelinie. Erster Schritt ist der bevorstehende Ausbau der Heinrich-von-Stephan-Straße. Für den Umbau des Rotteckrings sind im jetzigen Doppelhaushalt bereits 750.000 Euro Planungsmittel eingestellt.

Anders als in früheren Jahren enthält der jetzige Haushaltsentwurf statt mageren 100.000 Euro pro Jahr für den Radverkehr fast 500.000 Euro. Wir haben uns bei unseren Anträgen deshalb auf Maßnahmen für die Fußgänger in der Stadt konzentriert und eine Erhöhung des eingestellten Betrags auf 100.000 Euro beantragt, und in der zweiten Lesung dann dem Antrag der CDU auf Erhöhung dieses Postens auf 300.000 Euro zugestimmt. Das Ziel, bei allen Tiefbaumaßnahmen auf einen

barrierefreien Ausbau zu achten, erscheint uns ebenso richtig wie der ähnliche Antrag der Unabhängigen Listen, der die Aufenthaltsqualität in der Stadt verbessern will. Solche Maßnahmen bieten Anreize, sich der klimafreundlichsten Fortbewegungsart zu bedienen; und der eingestellte Betrag ist angesichts der 10 Mio Euro pro Jahr, die für Straßenbau und –sanierung vorgesehen sind, immer noch bescheiden. (Nur noch einmal extra für Herrn Jäger von der BZ: all dies spielt sich im Vermögenshaushalt ab, stellt also keine Dauerbelastung dar wie etwa eine Zuschusserhöhung, die jedes Jahr den Verwaltungshaushalt vergrößert. Solche Investitionen können unschwer in Folgejahre verschoben werden, wenn - etwa beim Einbrechen der Einnahmen - das vorrangige Ziel der Schuldentilgung gefährdet wäre).

c. Flächenpolitik und Innenentwicklung

Neben den positiven Folgen für Ökologie und Stadtentwicklung haben der Flächennutzungsplan und die Strategie der Stadt zur Innenentwicklung auch direkte und indirekte Auswirkungen auf den Haushalt: Aus der Abschöpfung der Bodenwertsteigerung durch städtebauliche Verträge werden Millionenbeträge für ökologische und soziale Ausgleichsmaßnahmen gewonnen. Indirekt erspart die Innenentwicklung durch Nutzung bereits vorhandener Infrastruktur die ansonsten im Außenbereich erforderlichen hohen Investitionen für Erschließungs- und sonstige Folgemaßnahmen.

2. Wohnungsbau ist aktive Mietpreisdämpfung

Die Mieten in Freiburg sind im Vergleich zum Landesdurchschnitt hoch, und das schon seit vielen Jahren. Nicht der Mietspiegel treibt die Mieten in die Höhe, der bildet – das ist gesetzlich so vorgeschrieben – lediglich die Entwicklung der letzten vier Jahre bei Neuabschluss oder Änderung von Mietverträgen ab. Freiburg gehört zu den beliebtesten Wohnorten der Republik und genau deshalb treibt die Nachfrage die Mietpreise in die Höhe. Gesucht ist vor allem preiswerter Wohnraum, insbesondere für Familien.

Der Mietpreisentwicklung kann nur durch ein erhöhtes Angebot wirksam begegnet werden, also durch den Bau von Wohnungen. Dass diese Annahme zutrifft, zeigt die Tatsache, dass Rieselfeld und Vauban die Mietpreissteigerung für einige Jahre stoppen konnten. Entsprechend dem Flächennutzungsplan werden jetzt Stück für Stück Bebauungspläne umgesetzt und die Innenentwicklung verstärkt, damit Wohnungen gebaut werden können. Wir haben das ehrgeizige Ziel, dass in Freiburg bis 2011 insgesamt 4.000 Wohneinheiten fertig gestellt werden. Derzeit sind bereits rund 2.500 Wohnungen im Bau, weitere Projekte mit 1.500 Wohneinheiten sind konkret geplant.

Über städtebauliche Verträge werden zudem die Grundeigentümer verpflichtet, entweder Bauland für geförderten Miet- oder Eigentumswohnbau zur Verfügung zu stellen, oder selbst solche Häuser zu bauen. Auf unseren Antrag wurde darüber hinaus beschlossen, der Freiburger Stadtbau innerhalb der nächsten drei Jahre 5 Mio Euro Gewinn zu überlassen, um in diesem Segment zusätzliche Häuser und Wohnungen zu errichten.

Unser Schwerpunkt liegt zudem bei der Dämpfung der Nebenkosten, die durch die Preiserhöhungen bei den fossilen Energieträgern gestiegen sind und weiter steigen werden. Mit 114 Mio Euro führt die Stadtbau in Weingarten-West das größte Sanierungsvorhaben der Nachkriegszeit durch. Der Schwerpunkt liegt auf energetischer Sanierung, um die sogenannte zweite Miete, also die Nebenkosten, in den Griff zu bekommen. Auf unseren Antrag hin werden der Freiburger Stadtbau zudem aus dem erwirtschafteten Gewinn weitere 5 Mio Euro überlassen, um auch die übrigen Wohnungen in dieser Weise zu sanieren. Der Benefit dieser Maßnahme wird sich ganz konkret im Geldbeutel der Mieterinnen und Mieter wiederfinden.

Zum Schluss ein Beispiel für intelligente Sozialpolitik: das Modellhochhaus Buggingerstr. 50. Aus 90 Wohnungen werden durch findige Grundrissänderungen 135. Zusammen mit der energetischen Sanierung führt das dazu, dass die Mieter später für vollsanierte Wohnungen weniger Warmmiete zahlen als vorher. Und das Klima hat auch was davon!

3. Bekämpfung der Kinderarmut

Schon lange vor der eindrucksvollen Aktion der AWO zur Kinderarmut in Freiburg hat unsere Fraktion sich auf den Weg gemacht, „Grüne Bausteine zur Armutsprävention“ zu entwickeln. Der Schwerpunkt dieser Maßnahmen liegt in der Bekämpfung der Kinderarmut. Wirkungsvolle Sozialpolitik erschöpft sich nicht in der Verteilung von Transferleistungen. Es geht nicht um Almosen für Benachteiligte. Vielmehr geht es darum, den Kreislauf der über Generationen hinweg verfestigten sog. „Sozialhilfebiografien“ zu durchbrechen. Kinder aus finanzschwachen Elternhäusern sollen nicht nur angemessen versorgt werden, sondern durch Bildungsangebote bessere Chancen für einen gesellschaftlichen Aufstieg erhalten.

Der vorliegende Doppelhaushalt enthält - teilweise erhebliche Beträge – für folgende Maßnahmen:

- den weiteren Ausbau von Ganztagschulen; heute vor einer Woche haben wir beschlossen, die Reinhold-Schneider-Grundschule zur Ganztagschule umzubauen
- Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Kindern und Beruf, nicht zuletzt auch um das Armutsrisiko Alleinerziehender zu verringern. 2007 hat unsere Fraktion beantragt, die Krippenplätze für Unter-Dreijährige zu verdoppeln. Chancengleichheit für alle Kinder soll so früh wie möglich gewährleistet werden. Dies wird die Stadt ab dem Haushaltsjahr 2009 netto jährlich 6 Mio Euro mehr kosten – unserer Auffassung nach gut angelegtes Geld. Weiter haben wir in den vorliegenden Doppelhaushalt 2009/2010 jährlich 50.000 Euro eingestellt für die Ferienbetreuung von Schulkindern
- Ebenfalls in diesem Jahr wurde auf den Vorschlag unserer Fraktion das Ein-Euro-Mittagessen in Ganztagschulen und -Kitas für Kinder aus benachteiligten Familien umgesetzt. Kein Kind soll

zuschauen müssen, wenn die anderen essen.

- Im Juli 2008 hat unsere Fraktion beantragt, Sprachförderung bereits in der Kita einzurichten. Davon profitieren nicht nur Migrantenkinder, sondern auch Kinder aus deutschen Familien, mit denen zuhause niemand spricht. Chancengleichheit kann nur entstehen, wenn die Förderung frühzeitig einsetzt. Um dieses Anliegen auch finanziell zu unterfüttern, haben wir für den jetzigen Doppelhaushalt weitere 400.000 Euro pro Jahr für Sprachförderung eingestellt.
- Ein weiterer Baustein ist das "Starterset für Schulanfänger". Erstaunlicherweise bewegt sich nun auch die Bundesregierung auf unseren Spuren und hat ein Programm aufgelegt, das Kindern aus benachteiligten Familien finanzielle Hilfen für den Schuleinstieg und zu Beginn jedes Schuljahrs leistet. Wir mussten also nur noch 35.000 Euro pro Jahr beantragen für die Kinder, die vom Bundesprogramm nicht erfasst werden.

Der nächste Baustein auf unserer Agenda ist ein Gutscheinsystem, das benachteiligten Kindern die Teilhabe an Bildungsangeboten ermöglichen soll, wie etwa Nachhilfe, das Erlernen eines Musikinstruments oder auch Sport im Verein. Hier muss ein gut durchdachtes Konzept entwickelt werden, um trotz beengter Finanzlage möglichst viele Kinder aus finanziell schlechter gestellten Familien zu erreichen. Schnellschüsse sind gut gemeint, könnten aber ein Projekt dieser Dimension gefährden, das ohne Unterstützung von Land und/oder Bund sowie die Kooperation mit privaten Sponsoren wie etwa Stiftungen kaum zu stemmen sein wird.

4. Bildung als Zukunftsprojekt

Mit der Bekämpfung der Kinderarmut eng verzahnt sind viele unserer Projekte im Bildungsbereich. Über die 30 Mio Euro, die jährlich für die Sanierung der Schulgebäude im Haushalt stehen, habe ich schon gesprochen. Es geht jedoch nicht nur um eine angemessene Herrichtung und Ausstattung der jahrzehntelang vernachlässigten Gebäude, sondern auch um Investitionen in Bildungsangebote:

- Im Haushalt eingestellt sind die 2,2 Stellen für die Fortführung der „Bildungsregion Freiburg“. Gelingende Bildungsbiografien für jedes Kind von der Kita bis in die Ausbildung hinein sind ihr erklärtes Ziel. Freiburg ist Pilotprojekt und Modell für weitere 44 Bildungsregionen, die in den nächsten Jahren in BaWü entstehen sollen.
- Der 75.000 Euro schwere Innovationsfonds hat den Untertitel „Gutes Geld für gute Ideen“: Schulen vernetzen sich untereinander und mit außerschulischen Partnern für Projekte, die wichtig für ihre Entwicklung sind. Hier geht es um soziales Lernen, berufliche Orientierung, kulturelle Bildung, Förderung von Migrantenkindern und die Einbeziehung ihrer oft schwer erreichbaren Eltern.

Der vor kurzem veröffentlichte Bildungsbericht hat die Potentiale der Bildungsstadt Freiburg herausgestellt. Der Bericht hat auch deutlich gemacht, was noch alles zu tun ist. Gerade im Bereich Integration von Einwandererkindern gibt es noch viele offene Baustellen.

Meine Damen und Herren,

das ist – schwerpunktmäßig vorgestellt – „Green City Freiburg“, Stand 16.12.2008.

Innovatives Wirtschaften soll uns ermöglichen, Chancengleichheit für alle zu schaffen, und eine kommunale Antwort zu geben auf die Herausforderungen der Zukunft.

Und nicht zuletzt auch: Freiburg für alle Bürgerinnen und Bürger lebens- und lebenswert zu machen - noch lebens- und lebenswerter, als es jetzt schon ist.